



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 2/16

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Zahl der Flüchtlinge zu hoch – Endlich Einigung mit der SPD

Die im Asylpaket I beschlossenen Maßnahmen zeigen erste Wirkung. Es kommen immer weniger Menschen aus den Balkanstaaten zu uns. Nun ist auch der Weg frei für Asylpaket II, auf das sich die Koalitionsspitzen bereits bei ihrem Treffen am 5. November verständigt hatten. SPD hat ihre Blockadehaltung endlich aufgegeben. Die Kernpunkte der Einigung sind: Aussetzung des Familiennachzuges, Erklärung von Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten und Förderung von auszubildenden Flüchtlingen. Derzeit befinden sich laut BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise mehr als 500.000 Menschen in Deutschland, die keine Bleibeperspektive haben oder deren Anträge bereits negativ beschieden wurden. Die Zahl der Abschiebungen muss deswegen deutlich steigen. Insbesondere das grün-rot regierte Baden-Württemberg schneidet hier schlecht ab. Die Umstellung von Geld- auf das Sachleistungsprinzip klappt eben so wenig wie konsequentes Abschieben. Das Land muss besser werden! Gesetze können nur dann wirken, wenn sie auch umgesetzt werden. Daher möchte ich auch ausdrücklich betonen, dass ich das Vorgehen der Bundeskanzlerin voll und ganz unterstütze. Es ist wichtig und richtig, geschlossen hinter den Anstrengungen der Kanzlerin, eine Lösung auf europäischer und nationaler Ebene zu finden, zu stehen. Anfang Februar finden eine Konferenz in London und am 18. und 19. Februar der Europäische Rat statt. Danach, so die Bundeskanzlerin, werden wir eine Zwischenbilanz

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*die Arbeitswoche begann für mich ausnahmsweise bereits am Sonntagabend mit der Klausurtagung der Arbeitnehmergruppe. Integration von Flüchtlingen aber auch Mindestlohn standen auf der Tagesordnung. Der viel kritisierte Mindestlohn hat laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Gegenteil u.a. zur Verbesserung der Gehaltssituation bei Frauen geführt und damit zumindest ein Stück weit zu mehr Lohngerechtigkeit beigetragen. Beim Arbeitsfrühstück mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble sprachen wir über die Finanzierung der flüchtlingsbedingten Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen.*

*Am 27. Januar haben wir der Opfer des Nationalsozialismus in einer Gedenkstunde im Deutschen Bundestag gedacht. Mit dem Gedenktag, der seit nunmehr zwanzig Jahren begangen wird, wird an die Millionen von Menschen erinnert, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt und ermordet wurden. Das Datum selbst verweist auf die Befreiung der Überlebenden des nationalsozialistischen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee am 27. Januar 1945. Ruth Klügers, damals 13 Jahre alt, Überlebende von Auschwitz und spätere Zwangsarbeiterin, berichtete in einer ergreifenden Rede über ihr Schicksal und das ihrer Familie.*

*Die Entscheidung für eine Teilnehmerin am Parlamentarischen Patenschafts-Programm 2016/17 ist gefallen. Louisa Schäfer aus Breitnau geht für ein ganzes Jahr in die USA (S. 3).*

*Herzliche Grüße und glückselige Fasnet!  
Ihre*

ziehen. Eine kurze Übersicht zum bisher Erreichten und zu geplanten Maßnahmen finden Sie [hier](#).

## 2. „Plan A2“ der rheinland-pfälzischen CDU-Chefin Julia Klöckner

Der von der Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner, vorgestellte und in den Medien viel diskutierte „Plan A2“ als Ergänzung zur Weiterverfolgung der europäischen und internationalen Aktivitäten enthält meiner Ansicht nach einige richtige Ansätze, allerdings sehe ich Einiges auch als kritisch an. Weil die auf europäischer Ebene verfolgten Lösungsansätze stocken, schlägt Julia Klöckner Maßnahmen auf nationaler Ebene vor. Die Einrichtung von Grenzzentren ist z.B. wichtig, damit Menschen ohne Bleibeperspektive erst gar nicht ins Innere des Landes gelangen. Die einmalige Registrierung soll in den vorgelagerten Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgen. Dort würden Asylsuchende einen Flüchtlingsausweis erhalten. Dadurch würde man insbesondere die Kommunen entlasten. Nur Flüchtlinge mit Bleibeperspektive würden auf sie verteilt werden. Die Rückführung würde nicht wie bisher durch die Kommunen geschehen, sondern zentral aus den Grenzzentren. Registrierungszen-tren im syrisch- und irakischen Grenzgebiet dagegen finde ich bedenklich. Auch die Antragstellung vor Ort, um Schleuser zu schlagen, würde meiner Ansicht nach Tür und Tor für Flüchtlinge öffnen. Auch sind flexible Kontingente, solange es keine EU-Einigung gibt, aus meiner Sicht wenig praktikabel. Wer sich eigene Meinung über den Vorschlag bilden möchte, kann den Plan [hier](#) nachlesen.

## 3. „Red Hand Day“



Bereits zum zweiten Mal beteilige ich mich mit meinem Handabdruck an der Aktion der Kinderkommission zum „Red Hand Day“ im Deutschen Bundestag. Mit Handabdrücken bringen wir unseren Protest gegen Einsatz von Kindersoldaten auf der ganzen Welt zum Ausdruck. Die Zahl der Kindersoldaten, die unvorstellbaren Gräu-el und Leid erleben, nimmt zu. Es häufen sich Berichte über Entführungen von Kindern durch die Terrormiliz Islamischer Staat, die von der Terrororganisation für ihre Zwecke missbraucht werden. Unicef spricht von rund 250.000 Kindersoldaten weltweit. Die gesammelten Handabdrücke werden von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages an die Vereinten Nationen weitergeleitet. Ein kleiner Beitrag zu einem drängenden Problem.

## 4. Debatten in Gebärdensprache mit Untertiteln im Deutschen Bundestag

Es gibt gute Nachrichten für gehörlose und hörgeschädigte Menschen! Das Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages sendet donnerstags in Plenarsitzungswochen die Kernzeitdebatten ab 9 Uhr mit Live-Dolmetschung in Gebärdensprache und untertitelt für Gehörlose und Hörgeschädigte. Unter folgendem Link finden sie weitere Informationen:

<http://www.bundestag.de/gebaerdensprache/>



## II. Die Woche im Parlament (Auswahl)

**Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Konsums von elektronischen Zigaretten und elektronischen Shishas.** In zweiter und dritter Lesung weiten wir die Abgabe- und Konsumverbote des Jugendschutzgesetzes, die bislang nur für Tabakwaren gelten, auf elektronische Zigaretten und elektronische Shishas aus. Darüber hinaus ändern wir das Jugendarbeitsschutzgesetz dahingehend, dass unter anderem zum Schutz der Kinder und Jugendlichen bei der Arbeit das Abgabeverbot von Tabakwaren auch für elektronische Zigaretten und elektronische Shishas gilt.

## III. Sonstiges

### 1. Louisa Schäfer als junge Botschafterin in den USA - Parlamentarisches Patenschaftsprogramm (PPP) 2016/2017



Louisa Schäfer aus Breitnau (s. Bild) wird ein ganzes Jahr lang in den USA verbringen! Ich werde für die Schülerin die Patenschaft für die Dauer ihres Aufenthaltes in den USA übernehmen. Es standen insgesamt drei sehr gute Bewerberinnen und Bewerber zur Auswahl. Ich habe mich nach intensiver Überlegung für Louisa entscheiden. Die Schülerin des Kolleg St. Sebastian in Stegen hat mich mit ihrer Bewerbung am meisten überzeugt. Die junge Botschafterin möchte die Kultur des Landes kennenlernen und sich ihr eigenes Amerikabild machen. Von großem Interesse ist für die 15-Jährige der Wahlkampf und die in diesem Jahr stattfindende Präsidentschaftswahl. Das Austauschprogramm bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Riesenchance durch das Stipendium, die man sich nicht entgehen lassen sollte.

Ich freue mich, für Louisa die Patenschaft zu übernehmen und wünsche ihr einen ganz besonders spannenden und lehrreichen Aufenthalt in Amerika.

### 2. Deutschland „bestes Land der Welt“



In einer Studie, die das amerikanische Nachrichtenmagazin „US News & World Report“ in Zusammenarbeit mit der Universität Pennsylvania im Rahmen des World Economic Forum in Davos vorgestellt hat, ist Deutschland Gesamtsieger und somit „bestes Land der Welt“. Dazu wurden verschiedene Themenbereiche analysiert: Im Bereich Unternehmertum belegt Deutschland dabei Platz 1. Spitzennoten erhalten unter anderem die Infrastruktur, die fachliche Ausbildung der Bevölkerung, die technologische

Expertise und der rechtliche Rahmen für Unternehmen. Im Bereich „Macht“ werden der politische und ökonomische Einfluss sowie die Person der Kanzlerin nahe der Höchstpunktzahl bewertet. In den Bereichen Bürgerrechte und Lebensqualität konnte Deutschland sich ebenfalls in der Spitzengruppe festsetzen. Für die Studie wurden 16.000 Personen in vier globalen Regionen nach ihrer Meinung über 60 Länder gefragt. *(Quelle: Best Countries Report)*

### 3. Gespräch der Gruppe13 mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

In einer offenen Atmosphäre diskutierte unsere Gruppe13, die 2013 neu gewählten Abgeordneten der CDU, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgiebig über aktuelle Themen im Bundeskanzleramt.



(© Bundesregierung | Guido Bergmann)

## IV. Aktuelle Termine/Hinweise

### 1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 02. Februar, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen, ein!**

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

## 2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- |                     |  |
|---------------------|--|
| <b>16. Januar:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Zunftabend der Galgenvögel, Grafenhausen</li></ul>   |
| <b>3. Februar:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Vorstandssitzung des Frauen- und Kinderschutzhauses Kreis Waldshut e.V., Waldshut</li></ul>  |
| <b>10. Februar:</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Politischer Aschermittwoch, Fellbach</li></ul>   |
| <b>11. Februar:</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Gespräch mit sozialpolitischen Sprechern der CDU-Kreistagsfraktionen, Rathaus Kirchzarten</li><li>• CDU Hauptversammlung Ühlingen-Birkendorf</li></ul> |